

## **ORF-Gesetz: Cap und Schennach wollen Sondersitzung des Kuratoriums - "dramatische Situation"**

Utl.: Cap warnt vor Existenzgefährdung des ORF - Nie dagewesene  
Machtkonzentration beim Bundeskanzler =

Wien (SK) SPÖ-Mediensprecher Josef Cap und der Mediensprecher der  
Grünen, Stefan Schennach, haben am Montag in einer gemeinsamen  
Pressekonferenz angekündigt, dass sie eine Sondersitzung des  
ORF-Kuratoriums zur geplanten ORF-Reform beantragen werden. Cap und  
Schennach gehören dem Kuratorium an. Cap begründete diesen Schritt  
mit der "Dramatik der Situation". In der von der Regierung  
vorgelegten Punktation zum ORF-Gesetz sieht Cap eine "entscheidende  
Schwächung der wirtschaftlichen Möglichkeiten des ORF, bis hin zur  
Existenzgefährdung" und die Installierung eines  
"Schüssel-Fernsehens". \*\*\*\*

Würde die Punktation unverändert verwirklicht, erläuterte Cap dazu,  
ergebe dies eine noch nie dagewesene Konzentration von Einfluss beim  
Bundeskanzler. Cap sprach von einer "persönlichen totalen  
Machtausweitung für Wolfgang Schüssel".

Erneut heftige Kritik übte Cap an den Entsendungsregeln für den  
Stiftungsrat (der das Kuratorium ersetzen wird). "Schüssel will eine  
persönliche Mehrheit im Stiftungsrat", so Cap. Er erläuterte, dass  
zusammen mit den Entsendemöglichkeiten des Publikumsrats (der die  
Hörer- und Sehervertretung ablösen wird) die Regierungsparteien auf  
eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Stiftungsrat kommen werde. Die  
angekündigte Entpolitisierung des ORF sei "ein reines  
Täuschungsmanöver", betonte Cap.

Dem Bundeskanzler gehe es bei der Änderung der Entsendungsregeln  
auch darum, seine eigene Fraktion im Stiftungsrat gleichzuschalten,  
so Cap weiter. Denn Schüssel wolle sich nicht mehr "mit  
widerspenstigen Ländervertretern rumschlagen". Cap bekräftigte: "So  
eine Machtkonzentration bei einer Person hat es noch nie gegeben."  
Als Hintergrund sieht Cap die missglückte Installierung eines  
Wunschkandidaten von Schüssel als Generalintendanten und die  
Berichterstattung des ORF über die sogenannte "Frühstücksaffäre" des  
damaligen Vizekanzlers. Solche "Pannen" wolle Schüssel in Zukunft  
ausschließen.

Der SPÖ-Mediensprecher schlägt für den Stiftungsrat vor, dass Redakteure, Betriebsräte und Hörer- und Sehervertreter die Mehrheit bilden sollen. Die Politik solle allerdings in einer deklarierten Minderheit vertreten sein, und nicht, wie Cap ausführte, als verdeckte Politikvertreter, "als Schulfreund von Herrn Khol oder als Tennispartner von Herrn Westenthaler".

Ein "Konzept zur Zerschlagung des ORF" sieht der SPÖ-Mediensprecher in der Punktation der Koalition; denn mit der Einschränkung der wirtschaftlichen und damit programmgestalterischen Möglichkeiten des ORF würde die Zuseherbeteiligung sinken, das würde dazu führen, dass die Gebührenfinanzierung generell in Frage gestellt würde.

Die Regierungspläne würden in erster Linie das Feld für internationale Medienmultis aufbereiten. Cap stellte die Frage: "Wo ist der Gewinn für potenzielle österreichische Fernseh-Macher?" Cap: "A la longue wird es dazu führen, dass es keinen österreichischen Rundfunk mehr gibt, allenfalls in einer Größenordnung an der statistischen Wahrnehmungsgrenze."

Für den SPÖ-Mediensprecher ist es unverständlich, dass sich die Mitglieder des sogenannten Weisenrats (dieser soll den öffentlich-rechtlichen Auftrag neu definieren) dafür zur Verfügung stellen. Cap meinte, dass Gerd Bacher damit an der "Zerstörung seines Lebenswerks" mitarbeite; zu Fritz Czoklich, ehemals Chefredakteur der "Kleinen Zeitung" und Mit-Initiator des ersten ORF-Volksbegehrens, bemerkte Cap, dass dieser angesichts der Punktation viel eher das zweite ORF-Volksbegehren vorbereiten müsste.

"Bevor Khol (VP-Klubobmann) und Westenthaler (FP-Klubobmann), dieses Duo infernal, in das ORF-Kuratorium gekommen sind, hat es in diesem Gremium keine Zensurdiskussion gegeben", sagte Cap. Er warnte, dass derzeit neue "Interventionsebenen" geplant würden: die Einsetzung eines Generalsekretärs und eines zentralen Chefredakteurs - damit, wie Cap bemerkte, "Westenthaler nicht 22-mal am Tag anrufen muss".

Mit Sicherheit, betonte Cap abschließend, richten sich die Pläne der Regierung gegen die Interessen der Hörer- und Seher und gegen die Interessen des ORF. Auf die Frage, ob die SPÖ im Falle eines erneuten Rundfunkvolksbegehrens dieses unterstützen würde, sagte Cap, dies sei keine Aufgabe für eine Partei, als Person würde er ein Volksbegehren selbstverständlich unterstützen. (Schluss) wf

Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ

Tel.: (01) 53427-275

<http://www.spoe.at>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

OTS0130 2001-03-19/12:19

191219 Mär 01

Link zur Aussendung:

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20010319\\_OTS0130](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20010319_OTS0130)